



Antrag

der Abgeordneten **Florian Ritter, Stefan Schuster, Klaus Adelt, Alexandra Hiersemann, Inge Aures, Harald Güller, Arif Taşdelen, Florian von Brunn, Markus Rinderspacher, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann SPD**

Unterstützung der Opfer und Hinterbliebenen des Oktoberfestattentats

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich mit der Bereitstellung eines eigenen Hilfsfonds an der Unterstützung der Opfer und Hinterbliebenen des Oktoberfestattentats zu beteiligen. Die Kooperation mit der Landeshauptstadt München, die bereits finanzielle Hilfen bereitstellt, soll dabei gesucht werden, um die Betroffenen auf schnelle und unbürokratische Weise unterstützen zu können.

Darüber hinaus wird die Staatsregierung aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Betroffenen auch Zugang zu Opferhilfen des Bundes erhalten.

Begründung:

Das Oktoberfestattentat vom 26. September 1980 ist der größte Terroranschlag in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Die Hinterbliebenen der zwölf Ermordeten, die 213 Verletzten, davon 68 Schwerverletzte, haben noch heute mit den dramatischen Auswirkungen dieser Tat zu kämpfen.

Das Attentat und die Folgen haben die Existenzen von Familien zerstört, viele durch die Splitter der Bombe Verletzte haben dutzende von Operationen hinter sich bringen müssen, andere Opfer sind auf Rollstuhl, Prothesen oder andere medizinische Hilfsmittel angewiesen oder leiden unter dauerhaften Schmerzen und Einschränkungen. Was für die breite Öffentlichkeit oftmals nur noch Geschichte ist, ist für die Hinterbliebenen und Überlebenden Opfer tagtäglicher Kampf mit den körperlichen und seelischen Folgen des Attentats.

Viele Opfer des Oktoberfestattentats sind daher noch heute auf Hilfen angewiesen. Dies macht auch ein durch die Landeshauptstadt München initiiertes Forschungsprojekt deutlich: Im Rahmen des Forschungsprojekts wurden Kontakte zu Betroffenen gesucht und Interviews geführt. Die Gespräche mit den Betroffenen verdeutlichten, dass die Personen nicht nur bis heute unter den erlittenen psychischen wie physischen Verletzungen leiden, sondern bei einem Großteil die Beeinträchtigungen ihrer Lebensqualität durch die erlittenen Verletzungen mit steigendem Alter zunehmen. Insbesondere trifft dies auf die psychische Belastung zu. Viele, vor allem die leichter Verletzten, haben unmittelbar nach dem Attentat versucht, so schnell wie möglich in ihr Alltagsleben zurückzukehren und mitunter das Geschehene zu vergessen. Eine Aufarbeitung des Erlebten fand selten oder gar nicht statt. Dieses Defizit macht sich jedoch, wie einzelne der Befragten berichteten, mehr und mehr bemerkbar. Die Vergangenheit holt sie ein. Es ist daher davon auszugehen, dass mehr und mehr der Betroffenen in den kommenden Jahren eine psychologische Betreuung in Anspruch nehmen wollen oder müssen. Aber nicht nur psychisch, sondern auch physisch verschlimmern sich bei den Befragten die verletzungsbedingten Beschwerden. Beeinträchtigungen, die evtl. damals im jungen Alter rasch ausgeglichen werden konnten, erweisen sich zunehmend als problematisch: Die Betroffenen werden anfälliger, gebrechlicher. Diesem Umstand wird nach Aussage der Betroffenen durch das Versorgungsamt nicht Rechnung getragen und die Kostenübernahme abgelehnt.